

# Correspondent

Ercheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für  
Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postämter  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich eine Mark.

35. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 12. August 1897.

№ 91.

## An unsere Mitarbeiter!

Obwohl wir bereits zu Ende des vorigen Jahres unsere Herren Mitarbeiter und Versammlungsberichterstatter dringendst ersuchten, in ihren Berichten usw. sich der möglichsten Kürze zu befleißigen, damit der Umfang des Corr. nicht allzuweit ausgedehnt werden müsse und dieselbe rein lokale und unbedeutende Vorkommnisse durch umfangreiche Darstellung nicht die Schnelligkeit in der Behandlung wichtiger Anlässe behindern, so ist doch diesem Ersuchen fast ausnahmslos keine Folge gegeben worden. Die Berichterstattung hat im Laufe der Zeit derartige Formen angenommen, daß die Redaktion nicht mehr imstande ist, auf diese Weise das eingelangte Material beherrschen zu können. In den Berichten selbst entzieht dadurch eine gewisse Ueberladung und die weniger dafür interessierten Leser laden — wie wir mehrfach hören konnten — ihren Mißmut darüber auf die Redaktion ab. So lagern gegenwärtig in unserm Schreibbische nach oberflächlicher Schätzung nicht weniger als 15000 Zeilen Manuskript aus 47 verschiedenen Orten, genug, um mindestens einen Monat lang den Corr. damit zu versorgen. Das ist ein ungesunder Zustand sowohl für die Redaktion wie für die Einsender. Nimmt die Redaktion nun an den Einsendungen die notwendigen Streichungen vor, ist man leider sofort bei der Hand, über die „Unterdrückung der Meinungsfreiheit“ zu klagen, und wiederholt wurden die harmlosesten Kürzungen in einem gegnerischen Organe dergestalt kritisiert. Außerdem kommt noch hinzu, daß jeder Einsender seinen Artikel oder Bericht für den wichtigsten hält und bei den in betracht solcher Zustände notwendigen Verzögerungen ebenfalls den Redakteur als Mißbegleiter benutz. Ferner wird die ausführliche Behandlung thatsächlich wichtiger Vorgänge dadurch oft über die Gebühr beschränkt und es geht sodann der Wert der betreffenden Einsendung verloren. Nicht selten hat der Schriftführer hier und da die Abfassung des Berichtes versäumt und ersucht nun den Redakteur, „bestimmt in nächster Nummer“ den nötigen Raum zur Verfügung zu stellen. Dazu ist dieser nicht imstande und die Folgen sind vertrauliche Anfragen der Vorsitzenden, Unzufriedenheit des Schriftführers mit der Redaktion, entsprechende Aeußerungen und Zuleitung von Wasser auf die oppositionellen Mühlen. Von der durch diese voluminösen Berichte verursachten Belastung der Redaktion wollen wir gar nicht reden. Kurzum, es ist dies ein Zustand, der auf die Dauer nicht weiterbestehen kann. Wir ersuchen daher nochmals die Herren Schriftführer usw., in ihren Berichten sich auf das Nötigste zu beschränken und namentlich die oft umfangreichen Debatten kurz resümierend abzufassen. Die Hauptsache bilden doch die gefassten Beschlüsse. Es handelt sich also lediglich um kurze Motivierung derselben. Wo das Interesse der Sache eine ausführlichere Behandlung notwendig macht, sind selbstverständlich Ausnahmen zugelassen. Für den Corr. selbst bedeutet eine derartige Regelung einen nicht zu unterschätzenden Vorteil. Unser Organ wird dadurch in den Stand gesetzt, alle das Gewerkschaftsgebiet berührenden Fragen in wünschenswertem Maß in den Kreis seiner Betrachtungen zu rücken, während andererseits kurz gefasste Berichte, die insoweit als möglichst rasch veröffentlicht werden können, allseitig gern gelesen werden. Wir werden daher — in Uebereinstimmung mit dem Zentralvorstande — bemüht sein, in gedachtem Sinne den gegenwärtigen Ausnahmestand zu befeitigen und erbitten uns hierzu die Unterstützung der Kollegen-schaft.

Die Redaktion.

## Korrespondenzen.

Th. Bremen, 1. August. Die heute abgehaltene Bezirksversammlung fand auf Veranlassung eines von 62 Kollegen beim Bezirksvorstand eingereichten Antrages statt. Die Debatte war ziemlich erregt und reich an drastischen Zwischenfällen. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung machte der zweite Vorsitzende Mitteilung von einem zu Anfang der Woche im General-Anzeiger stattgefundenen Konflikt. Nach einer kurzen Debatte hierüber wurde in die Beratung des Antrages des Kollegen Richter: „Stellungnahme zum Beschlusse des Gewerkschaftskartells in betref-

der Tarifgemeinschaft und die Stellungnahme unsers Gauvorstehers in dieser Frage“, eingetreten. Dieser Antrag trug 62 Unterschriften. (Wir verweisen zum bessern Verständniß auf die in Nr. 88 des Corr. abgedruckte Resolution des Kartells.) Kollege Rosenlehner als Kartelldelegierter führte in andertalbstündiger Rede kurz zusammengefaßt folgendes aus: Er habe im Kartell in sachlicher Weise die Tarifgemeinschaft in ihrer ganzen Entwicklung den Delegierten vor Augen geführt, wer aber meine, der Korreferent Kochanski habe sich auf sachliche Widerlegungen beschränkt, der irre sich. Derselbe habe seine Entgegnungen mit Angriffen auf die Kollegen im Sch. Geschäft eröffnet, die im Tarife festgesetzte Lehrlingsstala bemängelt, die Biergeschäfte in Berlin angeführt, den Konflikt bei Süß in Wilhelmshaven besprochen u. a. m. Kochanski habe den Standpunkt der B.-W., Rheinland-Westfalen gegenüber, verteidigt, den Ausschluß Eichlers aus der Partei und die Mahregelung des Kollegen Dominé gutgeheißen. Redner bedauerte, daß Kollege Rhein den Ausführungen des Kollegen Kochanski nicht entgegengetreten sei. Alle die vorhin angeführten Punkte habe man dem Kartell als gegen die Tarifgemeinschaft sprechend vorgeführt, mit derartigen Argumenten bekämpfe man in der Arbeiterschaft die Tarifgemeinschaft und er fordere die Kollegen auf, hiergegen energisch Front zu machen, da es endlich hierzu an der Zeit sei. Redner empfiehlt die folgende, von 22 Kollegen unterschriebene Resolution: „Die heutige von etwa 65 Kollegen besuchte Bezirksversammlung des Verbandes Deutscher Buchdrucker beschließt in betref der Stellungnahme des Bremer Gewerkschaftskartells zur Tarifgemeinschaft der Buchdrucker das folgende: 1. Die beschlossene Resolution des Kartells vom 18. Juli d. J. wird aufs schärfste verurteilt, da dasselbe auf die Prinzipienfrage, ob die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker der modernen Arbeiterbewegung hinderlich sei oder nicht, gar nicht eingegangen ist, sondern sich mit internen Angelegenheiten der Buchdrucker (Ausschluß der Gajischen Opposition usw.) beschäftigt hat, die dem Kartell absolut nichts angehen, sondern Sache der Buchdrucker selbst sind. 2. Die Versammlung lehnt die Behauptung über rein taktische Fragen unsrer Organisation um so mehr ab, als sich das Bremer Kartell darin in Gegensatz zu etwa 60 Kartellen Deutschlands stellt und erkennt nur den Standpunkt der für uns allein maßgebenden Generalcommission der Gewerkschaften, mehrerer Zentralvorstände und berufener Führer der Arbeiterbewegung Deutschlands als den allein richtigen an, welche die Tarifgemeinschaft als ein in Zukunft zu erreichendes Ziel empfehlen. Sie beauftragt die Vertreter der Buchdrucker im Kartell, dafür zu wirken, daß die Organisationen der übrigen Arbeiterschaft auch als gleichberechtigter Faktor bei Lohnfragen von den Arbeitgebern anerkannt werden. 3. Die Versammlung beschließt, das bei Streiks anderer Gewerkschaften gesammelte Geld vorläufig an die Zentralleitung der betr. Gewerkschaft abzuführen. 4. Ihre Mißbilligung spricht die Versammlung dem Vorsitzenden des Nordwestgaues des B. d. D. W. Kollegen Rhein, über seine Stellungnahme in der betr. Kartellsitzung aus. Ihr ist es unverständlich, wie ein Kollege zu einer so die ganze Kollegenchaft beschimpfenden Resolution die Urheberchaft verantworten kann, da er noch in letzter Bezirksversammlung dem Bremer Kartell die Befugnis absprach, über die Angelegenheiten der Buchdrucker zu urteilen. 5. Diese Resolution ist dem Bremer Kartell von unsren Vertretern zu übermitteln. Die Versammlung beauftragt die Letztern zugleich, nach ihrem Ermessen zu geeigneter Zeit über alle in dieser Resolution enthaltenen Punkte Bericht zu erstatten und behält sich die dann einzuberufende Versammlung die weiteren Schritte vor. Ferner wird beantragt, daß diese Resolution im Corr. und in der Bremer Bürgerzeitung veröffentlicht wird.“ (Folgen 22 Unterschriften.) Kollege Rhein bezeichnete den Antrag zur Versammlung und die Resolution als eine Randside und beschuldigte die Kollegen, daß er nur den Prellbock abgeben solle; er werde aber diesen Angriffen widerstehen. Er sei immer gegen die Tarifgemeinschaft gewesen und könne darin seinen Standpunkt nicht ändern. Redner verlas verschiedene Artikel aus der Zeitschrift, die ihm in seinem Standpunkte bekräftigten hätten. Im übrigen erging sich Redner nur in persönlichen Ausfällen gegen einzelne

Kollegen, hauptsächlich gegen Rosenlehner. Kollege Richter als Antragsteller gab ein Bild über die einzelnen Organisationen, deren Vertreter gegen uns gestimmt haben und selbst sich über die Ziele in ihrer eignen Organisation noch nicht klar seien. Ein Schlussantrag wurde angenommen. Auf Antrag erhält noch der Schriftführer des Kartells (Tabakarbeiter) das Wort. Derselbe führte aus, daß das Kartell gegen sämtliche Abmachungen der Buchdrucker gar nichts einzuwenden habe, man habe nur für die Resolution gestimmt, weil man die Ausschüsse der Opposition aus dem Verbande nicht gutheißen könne, doch müsse er gestehen, daß er über die Gründe für diese Ausschüsse sich nicht klar sei. Hierauf entspann sich eine ziemlich erregte Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlaufe der zweite Vorsitzende die Versammlung für geschlossen erklärte (der erste Vorsitzende war sang- und klanglos verschwunden). Kollege Rosenlehner forderte die Kollegen auf, trotzdem noch hierzulieben. Es gelang aber nicht, alle Kollegen wieder zurückzurufen, nur die Opposition erschien wieder vollständig. Kollege Rhein entriß hierauf erst dem Kollegen Rosenlehner, sodann dem zweiten Schriftführer Wosjen die Klingel und suchte zu retten was zu retten war. Hierauf wurde die Abstimmung in den einzelnen Punkten vorgenommen; es lag also gar kein Grund vor, die Versammlung zu schließen. Punkt 1 wurde mit 32 gegen 23 Stimmen, Punkt 2 mit 29 gegen 23 Stimmen, Punkt 3 mit 35 gegen 20 Stimmen angenommen, Punkt 4 mit 21 gegen 30 Stimmen abgelehnt, Punkt 5 gegen 2 Stimmen angenommen. Verschiedene Kollegen enthielten sich der Abstimmung. Schluss gegen 2 Uhr.

Z. Erfurt, 1. August. Heute fand hier eine außerordentliche Bezirksversammlung statt, welche mit einer Bezirksvorsitzerkonferenz des Gauces Osterrand-Thüringen verbunden war. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 39 Mitgliedern aus Erfurt, 10 aus Sonderhausen, 7 aus Ilmenau, 2 aus Frantenhäusen, 3 aus Arnstadt, je 1 aus Großrudestedt und Stadtilm. Ferner waren erschienen der Gauvorstand aus Weimar, aus jedem zum Gau gehörigen Bezirk ein Vorstandsmittglied sowie vom Zentralvorstande der Vorsitzende Döblin. Nach erfolgter Büreauwahl gab der Bezirksvorsitzende Bohn-Erfurt bekannt, daß der Zentralvorstand auf Grund des § 19 unsers Statuts die unklänge in Erfurt vorgenommenen Gauvorstandswahlen beanstandet habe. Dies sei der Anlaß zur heutigen außerordentlichen Bezirksversammlung, der zunächst folgender, vom Kollegen Wildenberg-Erfurt gestellte Antrag vorliege: „Der Bezirksrat möge den Gauvorstand beauftragen, den Gaumitgliedern einen Antrag zur Urabstimmung zu unterbreiten, der dem § 3, Absatz 2 des Statutes folgende Fassung gibt: „Die Wahl des Gauvorstandes erfolgt durch Urabstimmung im ganzen Gau. Die Vorschläge erfolgen durch den Vorort.“ Kollege Wildenberg führte zur Begründung seines Antrages aus, daß der bisherige Wahlmodus eine mangelhafte Einrichtung sei. Ein Gauvorstand, gewählt von einem Ortsvereine mit einer so geringen Mitgliederzahl wie in Erfurt, biete schwerlich die Gewähr, daß seine Beschlüsse dem Willen der gesamten Gaumitglieder entsprächen. Es läge doch dem demokratischen Prinzip weit näher, wenn bei Vergebung solch wichtiger Ämter durch Urabstimmung jedes einzelne Mitglied von seinem Stimmrechte Gebrauch mache. Augenblicklich seien auch die Verhältnisse in der Mitgliedschaft Erfurt so zerfahren, daß von der Zusammensetzung des Gauvorstandes in seiner jetzigen Gestalt unmöglich etwas Erprobliches für unsre Gewerkschaft zu erwarten sei. Unter Erwägung all dieser Gründe werde man nicht anders können, als den Antrag auf Urwahl anzunehmen event. auch eine andre Wahl des Gauvorstandes zu treffen. Kollege Michaels-Erfurt trat für den Antrag ein. Kollege Kühn-Weimar (berzeitiger Gauvorsteher) schloß sich den Ausführungen des Korreferenten an mit dem Hinzufügen, die Geschäfte des Gauvorstandes könnten nicht eher an Erfurt abgetreten werden, als bis in den Reihen dieser Mitgliedschaft wieder Ruhe herrsche. Erfolge diese nicht, dann sei man gezwungen, sich nach einem andern Ort umzusehen. Kollege Döblin gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Zentralvorstand sich in die Gauangelegenheiten von Osterrand-Thüringen habe einmischen müssen. Die Verhältnisse hätten es aber un-

bedingt erfordert. Redner schilderte hierauf in längeren Ausführungen den Zweck und die Ziele der Galtschen Opposition. Er behauptete, daß Personen, welche eine Gegenorganisation auf alle Art und Weise unterstützen, unmöglich das Vertrauen des Verbandes beanspruchen könnten. Es sei eben unmöglich, die Interessen des Verbandes wahrzunehmen und in demselben sogar Vertrauensämter bekleiden zu können, wenn man andererseits eine Gegenorganisation über den Verband stelle. Dies treffe nun für Erfurt zu. Der Zentralvorstand habe denn auch gegen die Geworbenwahlen protestiert. Diese Auffassung habe auch die Bezirksvorsteherkonferenz geteilt, indem sie nach Lage der eigenartigen Verhältnisse eine Ueberführung der Gausgeschäfte an Erfurt als unthunlich erklärte. Die Bezirksversammlung werde wohl nicht anders können, als den Antrag Gildenberg anzunehmen. Kollege Köppler-Erfurt spricht dem Zentralvorstande wohl das Recht zu, die Wahl des Vorortes zu beanstanden, aber er sei nicht befugt, an der Personenfrage Kritik zu üben. Redner begründete seine Zugehörigkeit zur Opposition mit dem Verlangen, seine freie Meinung zum Ausdruck bringen zu können. Um nicht weiterhin seine Zugehörigkeit zum Verbandsverband zu sehen, habe er den in der Opposition innegehabten Vertrauensposten niedergelegt. Kollege Abicht-Erfurt meinte, die ganze Sache spize sich auf eine Person zu. Es gelte eben die Nichtanerkennung des neugewählten Gauassessors Ernst Wiehle. Man spreche z. B. diesem Kollegen die Fähigkeit für einen solchen Posten ab, obwohl man sich davon noch nicht überzeugt habe. Ratjam wäre es, den Neugewählten erst antretzen zu lassen und dann über seine Fähigkeit zu urteilen. Er (Abicht) sei schon früher dagegen gewesen, daß der Vorort nach Erfurt käme. Nachdem dies aber trotzdem geschehen, möge man es auch bis zum nächsten Gausgange dabei bewenden lassen. Was die heute mehrfach erwähnte Uneinigkeit in Erfurt anbelange, so sei dies eben auf die Provolation (?) der Nichtoppositionellen zurückzuführen. Diese trügen die Schuld, wenn es in den Versammlungen zu stürmischen Szenen komme. Redner schloß seine Ausführungen mit der Erklärung, die Opposition in Erfurt bestrebe keinesfalls aus einem Kollegenstreit, der die Generalversammlungsbeschlüsse über den Gausen werfen wolle. Kollege Gajnowsky-Erfurt fand es sonderbar, daß der Zentralvorstand nicht einmal das Statut respektiere. Die Wahlen seien ordnungsgemäß erfolgt und somit nicht anzufochten. Kollege Wertelatz-Erfurt bestreift ganz entschieden, daß der neugewählte Gauassessor fähig sei, ein solches recht verantwortungsvolles Amt zu bekleiden. Der Gewählte habe bisher mit Vereinstatsachen noch zu tun gehabt und der Zweifel an der Fähigkeit für einen Kassiererposten sei vollkommen gerechtfertigt. Im übrigen sprächen auch noch andere Gründe für diesen Zweifel. Von einer näheren Erörterung derselben wolle er (Wertelatz) der vorgerückten Zeit halber für heute absehen. Kollege Michaelis-Erfurt fand die Schritte des Zentralvorstandes insoweit des verbandsschädigenden Treibens der Opposition für unbedingt notwendig. Letztere habe sich zur Aufgabe gemacht, alle Maßnahmen des Zentralvorstandes herabzuwürdigen. Zu diesem Zwecke sei die D.-B. geschaffen, deren Zugkraft in wässrigen Schimpereien und Verunglimpfungen einzelner Mitglieder bestünde. Eine sachliche Schreibweise liege gar nicht in der Manier eines Gaus und werde auch von den Lesern jenes Blattes gar nicht gewünscht. Nach all den Konferenzen, geheimen Zusammenkünften, Geldsammlungen, dem Streben nach Durchbrüchen einer vorher gestoppten Kandidatenliste bei irgend welchen Wahlen, das alles seien Momente, welche das Vorhandensein einer Organisation in der Organisation aus sicherster Konstatation. Es sei nun endlich an der Zeit, darüber zu entscheiden, ob man gewillt sei, dies noch länger mit anzusehen und sich ferner an der Nase herumzuführen zu lassen. Er (Michaelis) schloß mit der Zuversicht, daß es nach Annahme des Gildenbergischen Antrages gelingen werde, einen Geworbenwahlen zu bekommen, der sich die Förderung unserer Gewerkschaft zur Aufgabe macht. Kollege Ernst Wiehle-Erfurt fand in dem Antrage Gildenberg einen Verstoß gegen das Statut. Denn die Spitze des Antrages sei doch eine Personenfrage, sie richte sich gegen ihn (Wiehle). Er ersuche dringend, einen solchen Antrag abzulehnen. Kollege Gildenberg-Erfurt zog seinen Antrag zurück, empfahl dafür aber der Versammlung, den Beschluß der Bezirksvorsteherkonferenz auf Verlegung des Vorortes zu den übrigen zu machen. Kollege Schellhorn I-Erfurt nahm den Gildenbergischen Antrag wieder auf. Es wurde namentliche Abstimmung vorgenommen. Derselbe endete mit Annahme des Antrages mit 39 gegen 21 Stimmen. Hierauf wurde in die Diskussion über den von der Mitgliedschaft Zimenau gestellten Antrag eingetreten, der folgendermaßen lautet: „Der Bezirksvorstand besteht aus dem Vorsitzenden, Kassierer, Schriftführer und zwei Revisoren. Derselben sind alljährlich im Oktober durch Urabstimmung im Bezirke zu wählen. Die Aufstellung der Kandidatenliste erfolgt vom Bezirksvororte.“ Kollege Ortman-Zimenau begründete den Antrag mit der Forderung, daß die Mitgliedschaft der kleineren Orte doch ebenfalls berechtigt seien, an den sie interessierenden Wahlen teilzunehmen. Wo man gleiche Pflichten habe, müsse man loyalerweise auch gleiche Rechte einräumen. Beweiskräftig sei dies demokratische Prinzip bisher von der Erfurter Mitgliedschaft wenig beachtet worden, man habe bei Gauswahlen usw. die kleineren Mitgliedschaften, wo doch alle

und bewährte Kollegen konditionieren, unberücksichtigt gelassen. Nach unwesentlicher Debatte wurde der Antrag Zimenau mit 47 gegen 1 Stimme angenommen. Hierauf wurde als Bezirksvorort Erfurt mit allen gegen zwei Stimmen wiedergewählt. Unter Verschiedenes gelangte folgende, vom Kollegen Gildenberg gestellte Resolution mit 32 gegen 14 Stimmen zur Annahme: Die heutige Bezirksversammlung spricht dem Zentral- sowie Geworbenwahlen bezüglich seines Vorgehens in Sachen der sogenannten Opposition sein vollstes Vertrauen aus und hofft, daß nach dem Verlaufe der heutigen Versammlung in Erfurt auch wieder ein besseres kollegialisches Zusammenarbeiten ermöglicht werde. Sollte jedoch wider Erwarten von einzelnen Personen ein verbandsschädliches Treiben resp. Belämpfung der Generalversammlungsbeschlüsse fortgesetzt werden, so erwartet die Versammlung, daß der Zentralvorstand im äußersten Falle daraus die Konsequenzen ziehen wird. — Nach Genehmigung des vom Kollegen Biegler-Erfurt verlesenen Protokolls wurde die außerordentliche Bezirksversammlung geschlossen. — Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß die zu gleicher Zeit beendete Bezirksvorsteherkonferenz einstimmig beschlossen habe, den Geworbenwahlen in Weimar zu belassen.

**Frankfurt a. M.** In einer Zuschrift vermahnt sich Kollege Philipp Schmidt in Frankfurt a. M. gegen eine in Nr. 89 vom Kollegen v. Lospichl erlassene Erklärung, wonach der letztere zu gunsten des mitaufgestellten Kollegen Eckardt seine Kandidatur zum Kongresse nach Halle zurückzieht. Kollege v. Lospichl erläuterte dabei die Kandidatenliste folgendermaßen: Eckardt, v. Lospichl, Philipp Schmidt, während der letztere (gemäß der von der öffentlichen Drucker- und Maschinenmeisterversammlung vorgenommenen Aufstellung) in seiner Einfindung die Reihenfolge mit seiner Person beginnen und mit v. Lospichl enden läßt. Kollege Schmidt bezeichnet in diesem Fall eine solche Erklärung als persönliche Wahlbeeinflussung in aller Form, andernfalls Kollege v. Lospichl lediglich seinen Rücktritt von der Kandidatur angezeigt hätte.

**-h- Mannheim.** Eines ziemlich guten Besuchs erfreute sich die am 24. Juli abgehaltene Bezirksversammlung. Zum ersten Punkte der Tagesordnung genehmigte die Versammlung drei Aufnahmegesuche, während ein weiteres wegen untauglicher Bezugsabgabe abgelehnt wurde. Der zweite Punkt, Abrechnung pro zweites Quartal, gab zu irgend welchen Beanstandungen hinsichtlich der Kassengebarung keinen Anlaß, nur wurde von Seiten der Versammlung der Wunsch geäußert, der Vorstand möchte versuchen, ob die den Kollegen Theodor Schulz aus Malmswisch bei Petersburg, Eduard Volgger aus Jglau (Mähren) und Karl Alex in früheren Jahren aus der hiesigen Bezirkskasse gewährten Darlehen nicht auf irgend welche Art einzubringen seien. Hierauf verlas der Vorsitzende ein Zirkular des Vorstandes, das sich mit den letzten Ereignissen innerhalb unserer Organisation und mit den Beschlüssen des Leipziger „Kongresses“ befaßte. Am Schluß des Zirkulars spricht der Vorstand die Hoffnung aus, daß er nicht in die Lage kommen möge, aus diesem Grunde durch einen Federstich ein Mitglied seiner Rechte für verlustig zu erklären. In der sich hieran anschließenden Debatte waren sich sämtliche Redner einig in der Beurteilung der Beschlüsse betr. Kongresses; bis auf einen Kollegen waren auch alle mit den Maßnahmen des Gau- und Zentralvorstandes einverstanden, nur glaubte dieser eine, aus der sogen. Opposition würde viel zu viel Wesen gemacht und man sollte sie einfach ganz toschweigen. Die Ausführungen der einzelnen Redner hier wieder zu geben, würde viel zu weit führen. Die Meinung der Versammlung fand schließlich in der einstimmigen Annahme folgender Resolution ihren Ausdruck: „Die heutige Mitgliedsversammlung ersieht in dem Tönu und Treiben der sogen. Galtschen Opposition eine schwere Schädigung unserer Verbandsinteressen. Sie erachtet in den auf der letzten Generalversammlung gefaßten Beschlüssen den Weg zur Verbesserung unserer Lage. Gleichzeitig erklärt sie sich mit dem Vorgehen des Gau- und Zentralvorstandes einverstanden, da nur auf diese Weise Ruhe und Ordnung in unseren Reihen Platz greifen kann.“ Der nächste Punkt, Stellungnahme zur Errichtung eines Arbeitersekretariats, gab Anlaß zu einer sehr lebhaften Debatte. Der Vorsitzende schilderte zunächst in kurzen Worten den Wert und die Bedeutung eines Arbeitersekretariats und gab dann einen Ueberblick über die bis jetzt stattgefundenen Verhandlungen der beteiligten Faktoren. Man einigte sich schließlich dahin, diese Angelegenheit nochmals auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Unter „Verschiedenes“ wurde eine Anfrage, warum der Vorstand dem Kollegen Keller die Mittel zu der bekannten Darmstädter Versammlung verweigert habe, vom Vorsitzenden beantwortet und der ablehnende Standpunkt des Vorstandes begründet. Aus der Versammlung wurde noch bekannt, daß die hiesigen Maschinenmeister es nicht für nötig hielten, dem Bezirksvorstande Mitteilung von ihren Versammlungen wie von der bereits tatsächlich erfolgten Gründung eines Klubs zu machen. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten schloß der Vorsitzende um 1/2 Uhr die Versammlung. — Die hiesige Zentralisation der Gewerkschaften ist über den „berühmten“ Beschluß des Leipziger Gewerkschaftsartikels zur Tagesordnung übergegangen. — **Rachschrikt.** (Unliebbar verspätet.) Am 4. Juli selerten die Bezirksvereine Mannheim-Ludwigshafen ihr dies-

jähriges Johannisfest durch einen Ausflug in das idyllische Neckartal. Trotz des wenig einladenden Wetters hatten sich ungefähr 250 Personen eingefunden. Durch das hübsche Wetter wurde das im Wald eingenommene Picknick Anfangs etwas beeinträchtigt, doch nachdem die Regenfrage gelöst war, entwickelte sich bald unter den Klängen frisch-fröhlicher Weisen der mitgenommenen Musikkapelle und Vorträgen der Typographia-Mannheim und der Gesangsabteilung Ludwigshafens ein buntes und bewegtes Treiben. Als Endziel unserer vierstündigen Fußtour war der direkt am Neckar gelegene sehr schöne und idyllische Garten des Gasthauses zum Schwänen in Neckarsulzbach auserwählt, wo die eigentliche Fester, verbunden mit dem fünfundzwanzigjährigen Verbandsjubiläum unsers Gauvorstehers Fr. Wilh. Wenzel stattfand. Das hier abgehaltene Konzert wurde durch den starken Wind etwas beeinträchtigt und kam dadurch die wahrhaft meisterhaft vorgetragenen Chöre der Typographia-Mannheim und der Gesangsabteilung Ludwigshafens nicht so recht zur Geltung. Auch die Festrede des Kollegen Worn-Ludwigshafen, der in schwungvollen Worten auf die Bedeutung des Tages hinwies und in bereicherter Weise die Verdienste unsers Jubilars um die Organisation pries, wurde dadurch stark geschwächt. Die Bezirksvorsteher von Darmstadt, Heidelberg, Neustadt und Speier brachten persönlich die Glückwünsche ihrer Vereine dem Jubilare dar, während von auswärts gastreiche Glückwunschschreiben und Telegramme eingelaufen waren, von denen besonders eins, das die Unterschrift „Genossenschaft pensionierter Gauvorstandsmitglieder“ trug, stürmische Herterkeit hervorrief. Nur allzu früh mußte unter Vorantritt der Musik der Weg nach dem Bahnhofe Neckargemünd angetreten werden, von wo aus die Rückfahrt erfolgte. — In Ludwigshafen fand abends im Vereinstokal eine kleine Nachfeier statt, bei welcher Gelegenheit dem Jubilare von Seiten des Gauvorstandes eine Tischlampe, vom Bezirksvereine Ludwigshafen ein Rubelstempel, vom Bezirksvereine Mannheim ein Schreibruch mit Widmung und vom Bezirksvereine Speier ein Bieredvice überreicht wurde. Möge es dem Jubilare vergönnt sein, nach 25 Jahren der silbernen auch die goldene Jubelfeier anzureichen, ein Wunsch, dem auch wir uns anschließen.

**L. Mannheim, 1. August.** Außerordentliche Generalversammlung vom 31. Juli. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Aufnahmen; 2. Abschluß von Gewerkschaftsreferenzen; 3. Vereinstmittlungen; 4. Ergänzungswahl des Ortsausschusses; 5. Vereinstangelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Ludwig Helle, Eugen Wille und Andreas Staubinger durch Erheben von den Sitzen. Sodann gelangten unter Punkt 1 zehn Kollegen zur Aufnahme. Unter Punkt 2 rügte der Vorsitzende die Nachlässigkeit einiger Mitglieder, welche noch teilweise seit langer Zeit mit Ordnungstrafen im Rückhange sind und ersuchte diese selben zugleich, diesen ihren Verpflichtungen sobald als möglich nachzukommen. Die Versammlung sprach sodann den Ausschluß der Seiger Hermann Kröger (wegen Neften und verschiedener Schwindelereien) und A. Petsch einstimmig aus. (Petzgenannt war krank, erlobt jedoch sodann Vorstoß, um zu seinen Eltern in Nürnberg reisen zu können, ist jedoch weder dort angekommen, noch hat derselbe den erhaltenen Vorstoß zurückgezahlt; ferner erließ derselbe im Mannischen Anzeiger ein Inserat, in welchem er seine „Kraft“ als „tüchtiger Hund- und Fleischstereotypist, mit Gasmotor, Dampfmaschine, elektrischem Licht usw. gründlich vertraut“, empfiehlt, und weiter wurde ihm zur Last gelegt, in einer der geschlossenen Druckerereien „geschuftert“ zu haben.) — Unter Vereinstmittlungen entspann sich sodann u. a. eine lange Debatte über eine im Generalanzeiger vorgenommene angelegliche Tarifserhöhung. Man beschloß endlich, die Sache dem hiesigen Tarif-Schiedsgerichte zu unterbreiten. — Bezüglich des vom Vereine Münchener Buchdruckereibesitzer im Mannischen Anzeiger erschienenen Inserates, nach welchem in München Mangel an Arbeitskräften herrschen soll, verurteilte ein Teil der Redner entschieden diese Nationen der Prinzipale umso mehr, als wir gegenwärtig im Zeichen der Tarifgemeinschaft leben. Ebenso wurde die mangelnde Stellungnahme des Corr. in dieser Angelegenheit scharf getadelt. Im allgemeinen wurde das von Vorstandseite sofort erlassene Gegeninserat im Mannischen Anzeiger für gut gehalten. — Eine scharfe Entschloß, zum Teil erregte und von persönlichen Motiven getragene Diskussion entwickelte sich noch über den Punkt Abrechnung des Johannisfestes und der damit im Zusammenhang stehenden Angelegenheit Lokalkommission contra Ortsverein. Hatte sich nun schon von Anbeginn der Versammlung an eine ziemliche Unruhe bemerkbar gemacht, so steigerte sich dieselbe im Laufe des Abends, namentlich gegen Schluß der Versammlung, zu einem förmlichen Tumulte, so daß die meisten Redner unvermeidlich blieben und der Vorsitzende sich genötigt sah, die Versammlung um 1/2 Uhr nachts zu schließen, ohne zu einem greifbaren Resultate gekommen zu sein.

**R. Wamburg.** In unserer am Sonnabend, den 4. Juli, abgehaltenen ordentlichen Viertelsjahres-Versammlung kam nach Erledigung der Tagesordnung auch das letzte Zirkular des Vorstandes an die Bezirksvorstände zur Verlesung, welches besagte, daß der Zentralvorstand den derzeitigen Geworbenwahlen aufgegeben hätte, die Uebergabe der Gausgeschäfte an den neugewählten Geworbenwahlen in Erfurt zu verweigern, und zwar so lange, bis reiner Tisch geschaffen worden sei. — Hierzu hatte unser Orts-

vorstand in einer hierauf bezüglichen Sitzung Stellung genommen und dem Gauvorstande mitgeteilt, daß sich der hiesige Vorstand mit dieser Maßregel nicht einverstanden erklären könne und diese Antwort der heutigen Versammlung zur Begutachtung vorlegt. Es entspann sich hierüber eine sehr lebhafte Debatte, in welcher, wie es jetzt nun einmal nicht anders sein kann, auch die leidige Ausschlußangelegenheit zur Sprache kam. Im Laufe der langwierigen Debatte war eine Resolution des Kollegen Jessin eingegangen, welche sich mit der Antwort des Präsidiums an den Gauvorstand einverstanden erklärt; die Resolution wurde auch mit 18 gegen 1 Stimme von 46 anwesenden und rund 120 in Raumburg konditionierenden Kollegen angenommen. — Zum Schlusse möchte Schreiber dieses die Raumburger Kollegen ermahnen, zahlreiche die Versammlungen zu besuchen; würde dies hier sowohl wie auch anderwärts befolgt, so wäre es schon viel eher möglich gewesen, die Opposition in die gehörigen Ufer einzuklämmern, dann bräuchten diese Abwehrmaßregeln von Seiten der Zentralleitung nicht einzutreten und der Boden wäre dadurch der Opposition entzogen worden.

**ch. Nürnberg.** Die am 31. Juli abgehaltene Mitgliederversammlung war leider trotz der wichtigen Tagesordnung nicht besser besucht als die in letzter Zeit abgehaltenen und es zeigt gewiß von keinem allzugroßen Interesse, wenn von über 240 Mitgliedern immer nur 30 bis 40 die Versammlungen besuchen. Die Tagesordnung umfaßte vier Punkte und wurden, nachdem das Protokoll der letzten außerordentlichen Versammlung vorgelesen und genehmigt war, zum ersten Punkte drei Aufnahmen in den Verein vollzogen. — Aus dem zum zweiten Punkte, Abrechnung vom zweiten Quartal und vom Johannisfeste, vom Kassierer erhaltenen Berichte geht hervor, daß die Mitgliedschaftsliste einen Barbestand von 1289,94 M. aufweist. Die Verbandsliste verzeichnet an Einnahmen einschl. Vorfuß vom ersten Quartale 4523,10 M., an Ausgaben einschl. 700 M. für das dritte Quartal zurückbehaltenen Vorfuß die gleiche Summe. Die Rechnung des Johannisfestes schloß ab mit einem Defizit von 54 M. — Der dritte Punkt lautete: Bekanntgabe des letzten Gauvorstandsberichts event. Stellungnahme zu demselben. Es ist dies das bekannte vom Zentralvorstande veranlaßte Zirkular, welches zu Maßnahmen gegen die Opposition auffordert. Dieser Punkt rief eine lebhaft, jedoch ruhige und sachliche Debatte hervor. Da nach Ansicht aller Redner hierorts kein Grund zu Ausschüssen vorliegt, wurde schließlich ein Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung angenommen. — Unter Punkt 4, Tarifliches, kamen verschiedene dringliche Verhältnisse zur Sprache. Von der im letzten Corr.-Bericht erwähnten Beantragung der Erreichung der Druckerlei Knoll von dem Verzeichnisse der tariffreien Druckerleien wird nach einer Rücksprache des Vorsitzenden mit Herrn Knoll Abstand genommen. Mißbilligend wurde sich darüber ausgesprochen, daß eine größere Druckerlei den Ausgelernten den Beitrag zur Prinzipal-Kasse vom Lohn abzieht, ohne dieselben erst zu fragen. Beschlossen wurde, daß jeder sich in den Verband zur Aufnahme Melbende die schriftliche Erklärung abzugeben hat, daß er keiner aus entgegengesetzten Klasse angehört. Diejenigen Mitglieder, welche sich in einer solchen befinden, sind aufzufordern, aus derselben auszutreten. — Nach Erledigung der Tagesordnung protestierten zwei Mitglieder gegen die in Nr. 77 des Corr. nach Nürnberg gerichtete Briefkasten-Notiz. Infolge des jähren Schlusses der Versammlung konnten ferner einige geschäftliche Angelegenheiten nicht mehr erledigt werden.

**H. Schweinfurt.** Ein alter Kunstgenosse und vieljähriges Mitglied unserer Organisation, Wilhelm Waldenrat, begehrt am 19. d. M. das fünfundsanzigjährige Jubiläum seiner Kondition im hiesigen Tageblatt (Pollich) und der vierzigjährigen Zugehörigkeit zu unsrer Kunst. Da derselbe in seinen jungen Jahren einen großen Teil Deutschlands bereifte, erinnert sich vielleicht mancher Kollege des „Alten Burschen“ an seinem Ehrentag. Er konditionierte, nachdem er in Langenberg bei Elberfeld ausgelernt, in Köln, Bochum, Hannover, Dortmund, Siegburg, Altpfadt, Magdeburg, Rendsburg, Ipehoe, Hamburg, W. Gladbach, Baderborn, Mannheim, Erentoben, Karlsruhe, Kottweil, Heilbronn, Ludwigshafen.

## Rundschau.

Ueber die Aufgaben einer Redaktion scheint in der letzten Münchener Mitgliederversammlung (siehe unter München) ziemlich Unklarheit geherrscht zu haben. Zunächst ist es doch Sache der Münchener Mitglieder, sich in rein lokalen Fragen zu äußern, ein Zuvoorkommen seitens des Corr. würde sicher — und nicht ganz mit Unrecht — als Bevormundung bezeichnet worden sein.

Die Buchdrucker von E. Eisermann in Friedberg N. M. ist an Herrn Rich. Emil Wilh. Sperling daselbst übergegangen.

Nach dem Buchhändler-Börsenblatte stehen im neuen amerikanischen Pollartische Bücher und Pamphlete (Vorschläge), ausschließlich in anderen Sprachen als der englischen gedruckt, ferner Bücher und Musikalien in erheblicher Schrift zum ausschließlichen Gebrauche für Blinde nach wie vor auf der Freiliste. Danach wäre unsere Mitteilung in Nr. 90 des Corr. richtig zu stellen.

In der Buchdruckerlei Gustave Despret in Nivelles (Belgien) brach am 24. Juli wegen Entlassung des Ver-

trauensmannes und Nichtabstellung sanitärer Uebelstände ein Streik aus, der mit dem Siege der Gehilfen endete und denselben eine Lohnerhöhung von 5 Cents pro Stunde brachte.

Verschiedene Freie Hilfsklassen enthalten in ihren Anmeldeformularen die Frage nach früheren Erkrankungen. Während der Aufnahmewerber dies vielfach als eine leere Formalität betrachtet und es mit der Verantwortung nicht eben genau nimmt, haben die Gerichte mehrfach entschieden, daß eine unvollständige oder gar falsche Beantwortung unter Umständen als Betrug aufzufassen ist. Mindestens geht das betreffende Mitglied vorzukommen. In Fällen des Krankengeldes verlustig oder wird ausgeschlossen, nachdem es jahrelang die Steuern bezahlt hat, auch dann, wenn die verschwiegene Krankheit im vorliegenden Falle gar nicht in Frage kommt. Noch mehr ist dies der Fall bei Lebens- u. Versicherungen. Die Warnung, bei Ausfüllung eines solchen Anmeldeformulars die größte Genauigkeit walten zu lassen, dürfte daher nicht unangebracht sein.

Die Installateure der Gas-, Wasser- und elektrischen Branche in München haben sich organisiert und als Sektion der Monteure und Helfer der Gas-, Wasserleitungs- und elektrischen Branche dem deutschen Metallarbeiterverband angeschlossen.

Der Regierungspräsident in Potsdam verfügte die Vermehrung der Wagenführer der elektrischen Straßenbahn in Spandau um ein Viertel der bisherigen Zahl, wodurch die Zeit des täglichen Dienstes auf eine angemessene Dauer herabgesetzt wurde; bisher betrug dieselbe bis zu 16 Stunden.

In der Stadt Hannover sind zur Zeit in 18 Schulen Brausebäder für die Schüler eingerichtet.

Das Unfallentschädigungsgesetz in England ist nun endgültig vom Parlamente verabschiedet worden, nachdem das Unterhaus einigen Verschlechterungen seitens des Hauses der Lords ihre Zustimmung erteilt. Die Bestimmung, daß die Unternehmer auch dann, wenn die von ihnen gegründeten Betriebsklassen zahlungsunfähig werden, für deren Verpflichtungen aufzukommen haben, wurde gestrichen. Ferner wurde in dem Gesetze, daß für Unfälle, die ausschließlich durch ein schweres und absichtliches Vergehen eines Arbeiters verschuldet sind, keine Entschädigung zu zahlen ist, das Wort ausschließlich gestrichen. Weiter wurde eine Bestimmung eingefügt, wonach diejenigen Hinterlassenen eines verunglückten Arbeiters, die zur Zeit des Unfalles nicht gänzlich auf dessen Erwerb angewiesen waren, keinen Anspruch auf die Mindestentschädigung, sondern nur auf eine vom Unparteilichen zu bemessende angemessene Entschädigung haben. Auch sonst wurde das Gesetz, der ersten Vorlage gegenüber, zu gunsten der Unternehmer verschlechtert.

Die 11. Jahreskonferenz der englischen Sozialdemokratie faßte einstimmig einen Beschluß, wonach allen Mitgliedern der Federation angetragen wird, soweit immer möglich, Mitglieder der betr. Gewerkschaften zu werden und mit Trades-Untonisten und Genossenschaftlern harmonisch zusammenzuwirken, weil diese Organisationen die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse zum Zwecke haben. Es soll dabei aber nicht aus den Augen verloren werden, daß nur in der Berufsgesellschaft der Arbeitsmittel, der Warenverteilung und des Austausches die Möglichkeit liegt, eine dauernde Verbesserung der Arbeiterklasse herbeizuführen. Aus diesem Grund erwartet man auch umgekehrt die Unterstützung der Federation seitens der Trades-Untonisten.

**Lohnbewegung.** Der gemeldete Streik in einer Kistenfabrik in Berlin endete zu gunsten der Arbeiter. Dagegen legten die Bergolderinnen der Firma Werkmeister die Arbeit nieder und von der Allgem. Elektrizitätsgesellschaft wurden 12 Tischler gemahnt. In Brandenburg streikt eine Anzahl Maurer, weil ihnen der auf die Dauer eines Jahres vereinbarte Lohn nicht gezahlt wird. In Grimnitzschau 17 Arbeiter der Uhrgehäusefabrik von Bar wegen Maßregelung. In Gera verständigten sich die Klempner mit ihren Meistern dahin, die zehnjährige Arbeitszeit einzuführen, über eine Lohnerhöhung soll noch beraten werden. In Thranitz bei Gera streikten die Arbeiter einer Dampfzagelei. In Rötzen die Maler. In Leipzig befinden sich noch 610 Maurer im Streik, 1456 sind abgeweißt, 960 arbeiten zu neuen Bedingungen. Die Zahl der zu alten Bedingungen Arbeitenden hat sich durch Anwerbung von 100 Italienern erhöht. In der Werkstatt von Wagner & Wüttner selbst legten sämtliche Tischler die Arbeit nieder wegen Lohnbifferenzen. In Magdeburg streikten aus einem Neubau wegen Lohnstreitigkeiten die Bauarbeiter einschl. der Maurer. Der Zustand in der Gußstahlzuckerfabrik in Schweinfurt wurde durch Vergleich beendet.

In Eriß befinden sich noch 700 Tischler und 240 Bäder im Ausstände. Die Holzlastträger nahmen die Arbeit wieder auf. Neuerdings traten die Steinmeger und das Maschinenpersonal der Lloydsschiffe in eine Lohnbewegung ein. Der Ausstand der belgischen Bergarbeiter ist nun vollständig beendet, sämtliche Arbeiter sind an ihre Arbeitsstellen zurückgeführt. In England befinden sich zur Zeit gegen 40000 Arbeiter im Maschinenbauer-Gewerbe im Ausstände. Der Gewerksverein der Maschinenbauer, auf den etwa die Hälfte der Ausständigen entfällt, zahlte in vorvergangener Woche 320000 Mark an Unterstützung aus, 60000 M. mehr als in der vorhergehenden Woche. Die Zahl der Ausständigen

dürfte allem Anscheine nach in der nächsten Zeit noch zunehmen.

Eine amtliche Streikstatistik existiert in Deutschland nicht, wenigstens werden die Aufzeichnungen, welche behördlicherseits gemacht werden, nicht veröffentlicht. Einzelne private Erhebungen liefern kein vollständiges Bild, sind aber immerhin als schätzbares Material zu betrachten. Daher mag auch die nachfolgende, dem Jahrbuche für Nationalökonomie und Statistik entnommene Uebersicht über die Ausstände in Preußen hier Platz finden. Danach fanden daselbst folgende Ausstände statt:

Sommer	1./10. 94	1./4. 95	71 m. 3861	Teilstreikern
"	1./4. 95	1./10. 95	189	6365
"	1./10. 95	1./4. 96	606	17349
"	1./4. 96	1./10. 96	304	61309

Von diesen Streiks endeten mit Erfolg teiltw. Erfolg ohne Erfolg

im Winter 1894/95 26 24 50

" Sommer 1895 33 17 50

" Winter 1895/96 66 13 21

" Sommer 1896 56 21 23

Unter Zugrundelegung der beteiligten Arbeiter wäre das Resultat ein weit ungünstigeres, da gerade große Ausstände mit einer geringen Zahl von Betrieben und zahlreichen Arbeitern erfolglos endeten.

## Stirretur.

Von der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring (Stuttgart, Dieb Verlag) sind Heft 15 und 16 erschienen. Dieselben behandeln die fünfziger Jahre, die Fortschritte des wissenschaftlichen Kommunismus (Marx und Lassalle) und die europäische Krise von 1859. Das komplette Werk wird etwa 36 Lieferungen à 20 Pf. umfassen und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Die Neue Zeit (im gleichen Verlag erscheinend) bringt in den Heften 44 und 45 u. a. Artikel über die soziale Lage der Gärtner, von Herrn. Holm; den österr. Kartellgesetzentwurf, von Fritz Winter; zur Entwicklung des Handwerks in den Jahren 1882 bis 1895, von R. Calwer; im Feuilleton Hansens Polar-Expedition, von R. Bommell.

## Gestorben.

In Leipzig-Plagwitz der Buchdruckerbesitzer Emil Stephan, 55 Jahre alt — Verzähmung.

In Salzburg am 13. Juli der ehemalige Besitzer der Baumrätischen Buchdruckerlei, jetzt Aktiengesellschaft, Mathias Loidor.

In Schwaan in Mecklenburg der Buchdruckerbesitzer Otto Mörg, Herausgeber der Schwaaner Zeitung.

## Briefkasten.

J. K. in Lübeck: Wir haben Ihre Einsendung der Kommission überandt; damit dürfte der von Ihnen gewollte Zwed erreicht sein. — „Sugo“: 0,50 M.

## Verbandsnachrichten.

**Essen.** Der Seper Franz Diemann wird hiermit aufgefordert, innerhalb vierzehn Tagen seinen Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls Ausschluss erfolgt. Ferner wird der Drucker Wilhelm Bock, zuletzt in Ferne in Kondition, ersucht, sein Buch an den Kassierer nach Essen einzusenden, um die geleisteten Beiträge sowie Personalien feststellen zu können. — Zugleich werden die Mitglieder ersucht, bei Konstitutionsantritt in kleineren Orten im Bezirke das Quittungsbuch sofort einzusenden, um etwaige Unannehmlichkeiten zu beseitigen.

**Iferlohn.** Der Seper Julius Spies wird aufgefordert, seine Adresse an H. Freise, Dittstraße 9, gelangen zu lassen, zwecks Regelung der Gewerkschaftsangelegenheit. Die betreffenden Verbandsfunktionäre werden höflichst ersucht, denselben auf obige Notiz aufmerksam zu machen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In Dudweiler der Seper Karl Höldeberger, geb. in Kirchheimbolanden 1878, ausgel. das. 1896; war noch nicht Mitglied. — C. Madenach in Saarbrücken, Seper Straße 17.

In Frankfurt a. M. 1. der Seper Jakob Schmitt, geb. in Weinheim d. Rhey 1864, ausgel. in Kirchheimbolanden 1882; die Sieher 2. Wilhelm Ludwig, geb. in Oberrod 1842, ausgel. in Offenbach 1883; 3. Paul Hiltger, geb. in Berlin 1877, ausgel. das. 1895; waren noch nicht Mitglieder. — L. Dorjdu, Bürgerstraße 12.

In Halle a. S. die Seper 1. Fritz Tornauer, geb. in Halle a. S. 1879, ausgel. das. 1897; war noch nicht Mitglied; 2. August Künzel, geb. in Hannover 1859, ausgel. das. 1878; 3. Bruno Kräger, geb. in Altleben 1865, ausgel. das. 1883; 4. der Drucker Gust. Röver, geb. in Volkstedt 1876, ausgel. in Altleben 1894; waren schon Mitglieder. — Johannes Wäsche, Genrettenstraße 10, H.

In Magdeburg der Seper Berthold Lange, geb. in Dornheim 1872, ausgel. in Magdeburg 1890; war noch nicht Mitglied. — B. Krach, Notekreßstr. 36, III.

In Wattenfeld der Seper Peter Reichard, geb. in Bergheim 1867, ausgel. das. 1886; war schon Mitglied. — A. Welter in Essen, Alte Poststraße 19.

In Zweibrücken der Seper Friedrich Hub, geb.

